

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 9. Sitzung

am Mittwoch, dem 21. April 2010, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hans Hinrich Neve (CDU)

i.V. von Hauke Göttisch

Niclas Herbst (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Jens-Uwe Dankert (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

i.V. von Ranka Prante

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht über die Ergebnisse der schwedischen Ratspräsidentschaft und die Ostseepolitik	5
2. Europäischer Aktionsplan urbane Mobilität	7
3. Umsetzung des INTERREG-IVa-Programms in der deutsch-dänischen Grenzregion	8
4. Ausübung der AdR-Mandate	10
5. East Norwegian County Network - Aktuelle Beziehungen zu Norwegen	11
6. Bericht über die Europaministerkonferenz	12
7. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	14
a) Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel (KOM(2010)76 endg.)	
b) Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Tourismusstatistik (KOM(2010)117 endg.)	
c) Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (KOM(2010)94 endg.)	
8. Bericht über die Sitzung zum Nordseeforum am 1. März 2010 in der Hamburgischen Bürgerschaft	18
9. Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Schleswig-Holstein	19
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/80	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/141	

10. Europäische Beschäftigungsinitiative - Chancen für Schleswig-Holstein	20
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/182	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/307	
11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	21
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/268	
12. Reform der EU-Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderungen ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung	22
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/276	
Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/331	
13. Unterstützung der Kulturhauptstadt Sønderborg	25
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/279	
14. Terminplanung des Europaausschusses für das 2. Halbjahr 2010	26
15. Verschiedenes	27

Der Vorsitzende des Europaausschusses, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuss beschließt, die Beratungen zur Umsetzung der Resolution des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee, Drucksache 17/18 (neu), zum Resolutionsentwurf für das 8. Parlamentsforum Südliche Ostsee, Umdruck 17/653, sowie zum Nachhaltigkeitsbericht 2009 der Landesregierung, Drucksache 17/170 auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden, geänderten Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht über die Ergebnisse der schwedischen Ratspräsidentschaft und die Ostseepolitik

Herr Lundin, der Gesandte und stellvertretende Botschafter der Schwedischen Botschaft in Berlin, trägt die in Anhang 1 dieser Niederschrift angefügte Präsentation vor.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zur Zusammenarbeit mit dem Ostseerat und der HELCOM führt Herr Lundin aus, besonders die HELCOM sei ein zentraler Bestandteil der Ostseestrategie, da es keinen anderen bedeutenden Akteur in der Umweltpolitik gebe. Der Ostseerat spiele besonders im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Russland eine Rolle, das häufig sowohl Teil als auch Lösung des Problems sei. Insgesamt gebe es Fortschritte in der Zusammenarbeit.

Abg. Fischer bittet die Landesregierung, über die Umsetzung der EU-Ostseestrategie auf Bundesebene zu berichten, da diese Strategie deutlich über Schleswig-Holstein hinausgehe.

Auf die Frage des Abg. Fischer zur Einbindung der Bundesregierung in die Umsetzung der Ostseestrategie führt St Maurus aus, dass die Ostseestrategie zum ersten Mal sehr klare Handlungsfelder benenne. Deutschland habe die Verantwortung für zwei Aktionsfelder übernommen und zwar für die Förderung des Unternehmertums und die Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen und die Erhaltung der Naturräume und der Biodiversität. Schleswig-Holstein habe für sich zwei Themen aus diesen Bereichen herausgegriffen: Clean Baltic Shipping und die Schaffung einer gemeinsamen Ostseeidentität. Zu dem zweiten Projekt sei die Erstellung eines Ostseegeschichtsbuchs geplant.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zur Wahrnehmung der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft durch die schwedische Öffentlichkeit führt Herr Lundin aus, man sei mit dem Ausgang der Kopenhagener Konferenz nicht zufrieden gewesen. Es bestehe aber die Hoffnung, dass man für eine nächste Sitzung besser vorbereitet sei. - Auf die Frage des Abg. Fischer zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie in den einzelnen Regionen Schwedens betont Herr Lundin, dass dies eine interne Sache in den Regionen sei. Diese spielten besonders bei Fördermaßnahmen eine Rolle und seien zum überwiegenden Teil Anrainerregionen der Ostsee.

St Maurus ergänzt, dass mit der Anerkennung der Ostseestrategie ein Durchbruch gelungen sei. Eine von zwei Makroregionen in Europa sei der Ostseeraum. Dies sei nicht zuletzt der Verdienst der schwedischen Ratspräsidentschaft. Im Rahmen des Stockholmer Programms sei sehr deutlich gemacht worden, dass es wichtig sei, zu einer gemeinsamen europäischen Innen- und Rechtspolitik zu kommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Europäischer Aktionsplan urbane Mobilität

St Maurus führt aus, die Kommission habe Ende 2007 das Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ vorgestellt und ein umfangreiches Konsultationsverfahren durchgeführt. Am 30. September 2009 sei der Aktionsplan nach einer Verzögerung von der Kommission beschlossen worden. Die Kommission habe sich auch aufgrund der Kritik zur Verletzung der Subsidiarität dazu entschlossen, die lokalen Planungsstellen bei der Erstellung von Plänen zur nachhaltigen urbanen Mobilität zu unterstützen. Neben der in Aussicht genommenen Unterstützung seien konkrete Legislativmaßnahmen derzeit nicht vorgesehen. Die Erkenntnisse zur urbanen Mobilität würden im Internet zur Verfügung gestellt, und für das Jahr 2012 sei eine Evaluation geplant. Der Ausschuss der Region habe zu dem Thema eine Stellungnahme erarbeitet, in der er die Wichtigkeit urbaner Mobilität unterstreiche. In dem Aktionsplan werde nun auch dem Subsidiaritätsprinzip durch die Unterstreichung der Zuständigkeit von lokalen, regionalen, und nationalen Behörden Rechnung getragen. Der AdR habe in seiner Stellungnahme die Kommission aufgefordert, unter Berücksichtigung nachhaltiger Entwicklung Mittel zur Förderung der urbanen Mobilität zur Verfügung zu stellen. Dieser Punkt habe zu erheblichen Diskussionen im Vorfeld geführt. Der AdR habe auch vorgeschlagen, herausragende Verkehrsinitiativen zu prämiieren.

Auf die Frage des Abg. Fischer zum Engagement im Aktionsplan urbane Mobilität betont St Maurus, dass Schleswig-Holstein sich in allen Bereichen, die für das Land interessant seien, versuchen werde einzubringen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Umsetzung des INTERREG-IVa-Programms in der deutsch-dänischen Grenzregion

St Maurus berichtet, man arbeite eng mit Dänemark zusammen. Im Programm Fehmarnregion würden Projekte im Umfang von 23 Millionen € gefördert, für das Projekt Süddanmark-Schleswig-K.E.R.N.-Region, stünden 44 Millionen € für die Förderperiode 2007 bis 2013 zur Verfügung. Beide Programme würden vor Ort von den jeweiligen Regionen eigenverantwortlich mit umgesetzt. Aus den Projekten seien auch zahlreiche geschäftliche Kontakte entstanden. Das INTERREG-Programm sei auch der zentrale Motor für die deutsch-dänische Zusammenarbeit, die thematische Bandbreite der geförderten Projekte sei sehr groß. Zurzeit sei die Landesregierung damit beschäftigt, die Dänemarkstrategie insgesamt neu zu fassen. In Kürze werde man darüber mit dem Landtag in die Diskussion eintreten. Ziel der Dänemarkstrategie sei es, beide Achsen - Südjütland und Seeland-Kopenhagen - gleichermaßen auszubauen und eine Vernetzung herzustellen.

Abg. Spoorendonk bittet darum, die Landesregierung schriftlich zu vier Problembereichen zu berichten. Erstens. Ihren Informationen nach vergingen von der Bewilligung bis zum Abruf der Mittel bis zu acht Monate. Dies sei für kleinere Institutionen schwierig durch Vorfinanzierungen zu leisten. Zweitens gebe es ein Problem dadurch, dass Mittel nur nach der Prüfung durch einen Revisor abgerufen werden könnten. Da dies in Dänemark von einer bestimmten Firma übernommen werde und einige Zeit in Anspruch nehme, könnten auch deutsche Institutionen mit der Projektarbeit nicht beginnen. Es komme zu Flaschenhalsproblemen. Der dritte von ihr angesprochene Punkt sei die Verschiebung von Budget zwischen einzelnen Jahren. Das gestalte sich sehr schwierig. Im letzten von ihr angesprochenen Punkt bezieht sich Abg. Spoorendonk auf die unterschiedlichen Vorgaben, ab wann Projekte ausgeschrieben werden müssten.

Die Landesregierung sagt zu, dazu schriftlich zu berichten.

Abg. Fischer stellt die Frage in den Raum, wer im Rahmen der Ostseestrategie für die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen auf Bundesebene zuständig sei. Darüber hinaus interessiert ihn, ob es ein Engagement im Aktionsplan urbane Mobilität durch Schleswig-Holstein gebe.

Auf eine Frage des Abg. Herbst zum unterschiedlichen Mittelabruf zwischen Schleswig und Süddänemark beziehungsweise der K.E.R.N.-Region führt St Maurus aus, dass es seinem Eindruck nach einige Partner gebe, die besser koordiniert seien als man selbst, was zum Teil mit den vorhandenen Strukturen zusammenhänge. Im Bereich der K.E.R.N.-Region seien noch Gespräche notwendig.

Abg. Spoorendonk problematisiert, dass die dänische Minderheit in Deutschland, zum Beispiel vertreten durch den SSF, im Zusammenhang mit INTERREG-Projekten als deutscher Partner auftreten müsse. Man würde vonseiten der Minderheit jedoch lieber als dänischer Partner wahrgenommen werden. - St Maurus sagt zu, das in der Stellungnahme zu berücksichtigen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden führt Herr Maurus aus, dass das Projekt Clean Baltic Shipping ein Leuchtturmprojekt sei, bei dem aber die Federführung nicht allein bei Schleswig-Holstein liege. Die bisher laufenden Projekte seien jedoch von Schleswig-Holstein initiiert worden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ausübung der AdR-Mandate

St Maurus legt dar, er sei im AdR in zwei Fachkommissionen, der Fachkommission ENVE für Energie und Verkehr und der Fachkommission COTER, die sich thematisch mit wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt, Strukturfonds, Raumordnung, Wohnungswesen, transeuropäischen Verkehrsnetzen und Makroregionen befasse. Diese Kommission befasse sich auch mit der Regionalpolitik ab dem Jahr 2013. In dieser Kommission gebe es eine gute Chance, schleswig-holsteinische Interessen in die Diskussion einzubringen. Wichtig sei, dass es im Ostseeraum gute Verbündete gebe, die ähnliche Interessen verfolgten. Die Europäische Kommission habe aber auch deutlich gemacht, dass keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Abg. Herbst führt aus, er sei Mitglied in den Fachkommissionen CIVEX, zuständig für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen, und NAT, zuständig für natürliche Ressourcen. Insgesamt sei der AdR stark parlamentarisch aufgebaut. Die Bedeutung des AdR zeige sich auch in der Tatsache, dass in der letzten Sitzung drei EU-Kommissare anwesend gewesen seien. Er regt an, die Beschlüsse des AdR dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen und die Tagesordnung der jeweils kommenden Sitzung im Ausschuss zu verteilen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

East Norwegian County Network - Aktuelle Beziehungen zu Norwegen

Vom 7. bis 9. März 2010 habe in Oslo - so führt St Maurus aus - eine Sitzung der Common Commission, der gemeinsamen Kommission stattgefunden, die einmal jährlich abwechselnd in Norwegen und Schleswig-Holstein stattfindet. In der norwegischen Zusammenarbeit seien acht Kommunen mit etwa 2,2 Millionen Einwohnern zusammengefasst. Themen der Zusammenarbeit seien Projekte der Raumordnung und Verkehrsplanung. In diesem Zusammenhang habe Norwegen auch ein großes Interesse an der Fehmarnbelt-Querung. Auf norwegischer Seite gebe es zudem ein großes Interesse an der Erforschung regenerativer Energien, vor allem Biomasse und Windenergie - ein Bereich, in dem Schleswig-Holstein auf sein Potenzial aufmerksam gemacht habe. Schleswig-Holstein müsse noch mehr Augenmerk auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit legen, auch die Wirtschaft müsse ermuntert werden, Möglichkeiten auszuschöpfen. Bei den Gesprächen habe die Landesregierung sich bemüht, Kontakte zur Nordbau herzustellen. Darüber hinaus hätten Themen wie ein gemeinsames Nordseenetz, das Projekt Clean Baltic Shipping, grüne Technologien und die Idee einer Nordsee-strategie ebenso eine Rolle gespielt wie die kulturelle Zusammenarbeit mit Norwegen und eine Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheitswirtschaft und Tourismus.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über die Europaministerkonferenz

St Maurus führt zur Europaministerkonferenz aus, sie habe am 18. März 2010 in Brüssel stattgefunden. Zum ersten Tagesordnungspunkt habe Kommissar Oettinger zur EU-Energie- und Klimapolitik vorgetragen und deutlich gemacht, dass eine wichtige Priorität beim Ausbau und der Modernisierung der Netze für Strom und Gas liege. Die Energieversorgungssicherheit müsse aus Sicht des EU-Kommissars erhöht werden, das bedeute auch die Reduzierung der Abhängigkeit von einzelnen Arten der Energieversorgung. Zum Klimagipfel in Kopenhagen sei man zu der Einschätzung gekommen, dass dessen Ergebnisse unbefriedigend gewesen seien und man nicht in der Lage gewesen sei, den Schwellenländern gegenüber einheitlich aufzutreten. Wichtig sei, dass Klima ein internationales Thema sei und man dafür sorgen müsse, dass überall gewisse Standards eingehalten würden, auch um die Wettbewerbsfähigkeit einiger Regionen nicht zu vermindern.

Im Anschluss habe der EU-Kommissar Lewandowski zu gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen des EU-Haushalts berichtet. Er habe angekündigt, dass der Budget Review im dritten Quartal 2010 erscheinen solle. Prioritäten seien Wachstum und Beschäftigung, Klimaschutz, Energiesicherheit und Kohäsionspolitik gewesen. Der EU-Kommissar habe darauf hingewiesen, dass die Verhandlungen im Bereich der Landwirtschaftspolitik besonders schwierig würden, weil die Landwirtschaftspolitik nicht mehr zeitgemäß sei.

St Maurus bietet an, den bisher vorliegenden Entwurf der Stellungnahme des AdR zu diesem Thema dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Insgesamt sei deutliche geworden, dass Kohäsionspolitik weiter Teil der EU-Politik sei sowie dass die Flexibilität des EU-Haushalts notwendig sei, um auf besondere Situationen reagieren zu können. Wichtig sei sowohl, dass die Mitgliedstaaten die meisten Kriterien einhielten als auch, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten gewährleistet sei. Man müsse beides im Auge behalten.

Zur Zukunft der EU-Strukturpolitik habe EU-Kommissar Dr. Hahn vorgetragen, dass entscheidend für die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik die finanzielle Gesamtausstattung des EU-Haushalts sei. Kommissar Dr. Hahn habe betont, er wolle weiterhin ein geteiltes Management der Mittelverteilung zwischen der EU und den Regionen haben. Zudem solle es das Ziel geben, zu fairen Übergangsregelungen zu kommen. Ziele seien darüber hinaus, die Evaluierung der Umsetzung der Projekte und deren Nachhaltigkeit zu stärken. Es sei zudem er-

wähnt worden, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterhin gestärkt werden solle.

Am Schluss der Europaministerkonferenz habe der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy sehr klar auf die Auswirkungen des Lissabonvertrages hingewiesen. Durch den Vertrag seien die Europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten gestärkt worden. Ziel sei, die Europäische Union bürgernäher zu gestalten; dabei spielten die Länder und Regionen eine besondere Rolle. Wichtig für die Länder sei, sich frühzeitig einzubringen, um die eigene stärkere Stellung optimal zu nutzen. Europa müsse - so betont St Maurus -, auch auf Landesebene ernster genommen werden, und man müsse die Möglichkeiten, sich in die Diskussion einzubringen, wahrnehmen. Weitere von Herrn Van Rompuy erwähnte Punkte seien die koordinierte europäische Innen- und Rechtspolitik, die Strategie 2020 sowie die Herausforderungen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise gewesen. Der Präsident des Europäischen Rates habe zudem im Hinblick auf die Strategie Innovation, Bildung, Forschung und Entwicklung hingewiesen, dass es in einer globalisierten Welt unerlässlich sei, im Bildungsbereich eine europaweite Agenda zu entwickeln. Er sei sich der Tatsache bewusst, dass dies aufgrund der Länderkompetenzen in Deutschland ein sensibles Thema sei.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man zwischen Landtag und Landesregierung noch in der Findungsphase im Hinblick auf das Verfahren zur Prüfung der Wahrung der Subsidiarität sei.

a) Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel (KOM(2010)76 endg.)

hierzu: Umdruck 17/650

Einführend betont der Direktor des Landtags, Herr Dr. Schliesky, dass es die neue Rolle der nationalen Parlamente und damit auch der Landtage sei, sich intensiv um europäische Rechtsakte kümmern und die Frage der Subsidiarität behandeln zu können. Die Landtage hätten innerhalb einer Achtwochenfrist die Möglichkeit, Stellung zu Rechtsakten zu beziehen und über die Landesregierung versuchen, eine Stellungnahme des Bundesrates auf den Weg zu bringen. Die durch die föderale Struktur Deutschlands bedingte sehr komplizierte Verfahrensweise sei zurzeit noch, zum Beispiel im Hinblick auf das Klagerecht der Landtage, unbefriedigend. Die bisherigen Schritte in der Zusammenarbeit mit der Landesregierung seien hingegen sehr konstruktiv gewesen. Die Dokumente würden von der Landesregierung elektronisch übermittelt. Bei den in dieser Sitzung zu behandelnden drei Rechtssetzungsakten spiele sowohl die Frage der Subsidiaritätsprüfung als auch die politische Relevanz eine Rolle. Beim Kulturerbesiegel gehe es um die originäre Landeskompetenz Kultur. Insofern stelle jeder Rechtssetzungsakt der Europäischen Union einen Eingriff in Landeskompetenzen dar.

L Dr. Schliesky betont, dass die Bewertung eingehender Dokumente und die Prüfung der Subsidiaritätsverletzung aufgrund sehr begrenzter Ressourcen nur sehr bedingt durch die Landtagsverwaltung leistbar seien. Es sei gelungen, durch Umschichtungen eine halbe Stelle für das Frühwarnsystem einzurichten. Diese Stelle sei ausgeschrieben. Es handele sich um eine Umschichtung aus dem Präsidialbereich, die aus diesem Grund haushaltsneutral vollzogen werde. Eine Präsenz in Brüssel sei so nicht möglich. Es gebe aber Gespräche mit der Hamburgischen Bürgerschaft, eine gemeinsame Stelle im Hanse-Office einzurichten.

Zum Kulturerbesiegel führt L Dr. Schliesky aus, da es sich um ein europäisches Siegel handle, werde die Entscheidung darüber, wem dieses Siegel verlieren werde, auch auf europäischer Ebene getroffen. Wenn eine Stellungnahme zur Frage der Verletzung der Subsidiarität abgegeben werden solle, müsse dies innerhalb der vorgegebenen Frist an die Landesregierung stattfinden, um ihr die Möglichkeit zu geben, entsprechende Vorkehrungen im Bundesrat zu treffen.

Herr Trende, Leiter des Referats Kirche und Religionsgemeinschaften, Soziokultur, Denkmalpflege und Fachaufsicht Landesämter führt aus, die Initiative zum Europäischen Kulturerbesiegel gehe zurück auf eine Initiative des damaligen französischen Innenministers Sarkozy aus dem Jahr 2006; damals sei bereits die Akropolis in Athen ausgezeichnet worden. Von deutscher Seite habe es vor der Einführung Zurückhaltung gegeben, weil noch die Frage zu klären gewesen sei, wie sich dieses Siegel zum UNESCO-Weltkulturerbe und zu den Kulturwanderwegen des Europarats verhalte. Beim Europäischen Kulturerbesiegel stehe der europäische Mehrwert, also das, was man aus dem ausgezeichneten Objekt über Europa lernen könne, im Vordergrund. Die Vorlage sei auf verschiedenen Ebenen, zum Beispiel im Bundesrat und in der Kultusministerkonferenz bereits beraten worden. Die Kultusministerkonferenz habe beschlossen, sich mit den Themen Eiserner Vorhang und Reformation an dem Prozess zu beteiligen. Auf Anregung der deutschen Seite sei in der Vorlage enthalten, dass das Siegel nach dem Urteil einer Expertenjury vergeben werde. Aus schleswig-holsteinischer Sicht gebe es keine Bedenken gegen die Regelung oder gegen die Themen, die angemeldet seien.

Abg. Spoorendonk problematisiert die Abgrenzung des Kulturerbesiegels vom UNESCO-Weltkulturerbe. - RL Trende betont, dass es beim Kulturerbesiegel darum gehe, europäische kulturelle Identität zu bebildern und die Aufmerksamkeit dafür zu schärfen.

Der Ausschuss beschließt, keine Stellungnahme im Hinblick auf die Wahrung der Subsidiarität abzugeben.

b) Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Tourismusstatistik (KOM(2010)117 endg.)

Umdruck 17/655

L Dr. Schliesky betont, dass es bereits Regelungen gebe, aber die geplante Verordnung ohne Regelungsspielraum für die Mitgliedstaaten unmittelbar gelte. Aus Sicht der Europäischen Union bestehe ein Rechtsetzungsbedarf, um die Qualität der erhobenen tourismusbezogenen Daten zu gewährleisten. Die Verordnung bedeute, dass Daten über Übernachtungen in Beher-

bergungsbetrieben und in nicht gemieteten Unterkünften umfassend erhoben werden sollten, was einen gewissen bürokratischen Aufwand mit sich bringe. Schleswig-Holstein als Tourismusland sei betroffen, insofern sei die Frage der Wahrung der Subsidiarität zu stellen. Eine Stellungnahme müsse jedoch nur dann abgegeben werden, wenn Bedenken bestünden.

Herr Hamm, Leiter des Referats Tourismus im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr merkt an, dass durch die Verordnung keine qualitativ neue Rechtslage entstünde. Das Ministerium habe keine Bedenken im Hinblick auf die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Es seien auch keine Bedenken anderer Landesregierungen im Hinblick auf die Wahrung der Subsidiarität bekannt.

Auf eine Nachfrage des Abg. Matthießen (CDU) bestätigt RL Hamm, dass es keinen zusätzlichen Mehraufwand für Betriebe und Verwaltungen mit sich bringe.

c) Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (KOM(2010)94 endg.)

Umdruck 17/656

L Dr. Schliesky legt dar, dass das Land durch die Richtlinie zunächst nur indirekt betroffen sei, da es in der Richtlinie überwiegend um materielles Strafrecht gehe, das Bundessache sei. Landeskompetenzen lägen nur im Bereich des Opferschutzes und der Prävention. Vonseiten der Europäischen Union werde der Eingriff in das Strafrecht, das eigentlich in die Gesetzgebungskompetenz der Mitgliedstaaten falle, mit dem Argument gerechtfertigt, dass besonders sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie eine grenzüberschreitende Dimension hätten.

Herr Dr. Hamdorf, Mitarbeiter im Referat für Staats- und Verfassungsrecht, Völkerrecht und Justizariat, legt dar, dass der Rahmenbeschluss, der mit der Richtlinie aufgehoben werden solle, aus dem Jahr 2003 stamme und zu einer gewissen Angleichung der Rechtsvorschriften in verschiedenen Bereichen geführt habe. Die Europäische Kommission habe in einem Bericht über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses festgestellt, dass es neuere Entwicklungen gebe, die durch den Rahmenbeschluss selbst nicht abgedeckt würden.

Im März 2009 habe die Kommission einen Rahmenbeschlussvorschlag vorgelegt, der bereits im Rat und in den Arbeitsgruppen behandelt worden sei. Der jetzige Richtlinienvorschlag löse

diesen Rahmenbeschlussvorschlag ab. Er sei durch die Auflösung der dritten Säule, mit der es auch keine Rahmenbeschlüsse mehr gebe, notwendig geworden. Schwierig aus Sicht der Landesregierung sei die wenig ausgeprägte Differenzierung bei der Definition des Begriffs „Kind“, die im deutschen Strafrecht anders sei als in dem Richtlinien-Entwurf. Neu sei zudem der Tatbestand des „Child Grooming“, der Kontaktaufnahme mit Kindern durch Sexualstraftäter über das Internet. Im Bereich der Verwaltungszusammenarbeit, zum Beispiel im Hinblick auf Austausch von Strafregistern, gebe es wenig Handlungsbedarf. Umsetzungsbedarf gebe es aber bei der Verjährungshemmung. Dort müsse sich eine Erweiterung ergeben. Neu sei auch eine Meldepflicht für Straftaten, die in Deutschland zwar diskutiert, aber sehr umstritten sei. Weiteren Umsetzungsbedarf gebe es bei der durch die Richtlinie geplante Einführung des Videobeweises. Im Bereich des Opferschutzes sei in der Richtlinie vorgesehen, unentgeltliche Beratung zur Verfügung zu stellen, was ebenfalls Umsetzungsbedarf und gegebenenfalls finanzielle Auswirkungen nach sich ziehe. Weiteren Umsetzungsbedarf gebe es bei Programmen und Maßnahmen für Täter, die dann verpflichtend durchgeführt werden sollten, sowie bei der Frage der Sperrung beziehungsweise Löschung von Internetseiten. In der für den 21. April 2010 vorgesehenen Sitzung des Bundesrates, in der er sich unter anderem mit diesem Thema beschäftige, lägen zwei Anträge vor, in denen die genannten Punkte zum Teil Erwähnung fänden. Ein Antrag zur Frage der Subsidiarität liege hier jedoch nicht vor. Ursache dafür sei die Tatsache, dass es eine Rechtsgrundlage für den Erlass von Mindestvorschriften im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union gebe, wenn es eine grenzüberschreitende Dimension der Straftaten gebe. Insofern sei eine Verletzung der Subsidiarität nicht zu erkennen, obwohl es eine Reihe von Umsetzungsproblemen gebe.

Abg. Spoorendonk regt an, den umfassenden Bericht noch einmal schriftlich dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

L Dr. Schliesky betont, dass die Materie an sich sehr komplex sei, man jedoch versuche, sich mit der Landesregierung darauf zu einigen, dass zu den jeweiligen Rechtsakte der Europäischen Union ein Vorblatt durch die Landesregierung erstellt werde, auf dem der jeweilige Rechtsakt im Hinblick auf die Verletzung der Subsidiarität bewertet werde.

Herr Dr. Hamdorf bietet an, die schriftliche Berichterstattung zu dem Thema für den Bundesrat dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. - Abg. Jezewski plädiert dafür, mit der Vorlage eine Einschätzung der Landesregierung zu bekommen.

Abg. Fischer betont zum Vorgehen im Hinblick auf die Prüfung der Subsidiarität, dass das jetzt gewählte Vorgehen praktikabel und machbar sei.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht über die Sitzung zum Nordseeforum am 1. März 2010 in der Hamburgischen Bürgerschaft

L Dr. Schliesky, führt aus, dass auf Grundlage der Drucksache 16/2640 ein Gespräch in der Hamburgischen Bürgerschaft am 1. März 2010 stattgefunden habe. Er trägt den Inhalt des Umdrucks 17/741 vor und betont besonders, dass in der Diskussion die zu erwartenden Kosten einer Veranstaltung eine zentrale Rolle gespielt hätten.

Der Vorsitzende weist auf einen Antrag des Landes Bremen hin, ein Nordseeforum auf Bundesebene zu initiieren. Er schlägt vor, dass Thema zunächst in den Fraktionen weiter zu beraten. Der Ausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/80

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/141

(überwiesen am 18. Dezember 2009 an den **Bildungsausschuss** und den Europausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/442, 17/468, 17/488, 17/543, 17/558, 17/559, 17/565,
17/566, 17/567, 17/568, 17/569, 17/570, 17/571, 17/572,
17/600, 17/617, 17/649

St Rabiüs trägt einführend die Schwerpunkte des Schreibens der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein vom 17. Februar 2010, Umdruck 17/568, vor.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des EU-Schulobstprogramms in Schleswig-Holstein, Drucksache 17/80, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE und SSW empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Bildungsausschuss sodann, dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktion von CDU und FDP zum gleichen Thema, Drucksache 17/141 zu empfehlen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Europäische Beschäftigungsinitiative - Chancen für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/182

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/307

(überwiesen am 26. Februar 2010 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europaausschuss)

Im Zusammenhang mit dem Abstimmungsverfahren zieht Abg. Fischer den Antrag der Fraktion der SPD zur Europäischen Beschäftigungsinitiative - Chancen für Schleswig-Holstein, Drucksache 17/182, für seine Fraktion zurück.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/268

(überwiesen am 19. März 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass Innen- und Rechtsausschuss eine schriftliche Anhörung zu diesem Thema beschlossen habe.

Abg. Pauls schlägt vor, den Innen- und Rechtsausschuss aufzufordern, eine mündliche Anhörung anzuschließen.

Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Reform der EU-Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderungen ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/276

Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/331

(überwiesen am 26. Februar 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)

Abg. Rickers schlägt vor, über die Anträge so bald wie möglich abzustimmen, da alle relevanten Informationen vorlägen. Eine Abstimmung sei auch wichtig, um ein Zeichen für die bevorstehende Agrarministerkonferenz zu setzen.

St Rabijs betont, dass es sich bei dem vorliegenden Thema um ein komplexes handele. Man stehe am Anfang der Neufestlegung der gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013. Der bisherige Umfang der Mittel, die nach Schleswig-Holstein flössen, läge bei ungefähr 400 Millionen €. Für die kommende Förderperiode spielten besonders Themen wie Biodiversität, Klimaschutz und Energieversorgung eine zunehmend wichtige Rolle. Durch Einsparnotwendigkeiten würden aber auch verstärkt Verteilungskämpfe stattfinden. Deshalb sei es wichtig für Schleswig-Holstein - so fährt St Rabijs fort -, Überzeugungsarbeit zu leisten, auch gerade für die Beträge, die in die norddeutsche Region flössen. Angestrebt werden solle, als Bundesrepublik mit einer Stimme zu sprechen, was im föderalen Aufbau der Bundesrepublik schwierig sei. Dass weiterhin Mittel nach Schleswig-Holstein flössen, sei notwendig zur Sicherung der Wirtschaftskraft des Landes Schleswig-Holstein, zur Stärkung des ländlichen Raumes, aber auch zur Bewältigung neuer Herausforderungen. Die europäische Agrarpolitik baue auf zwei Säulen auf, der Direktzahlung an Betriebe und Ergänzungsmaßnahmen in der Infrastruktur, beim Umweltschutz und beispielsweise auch beim Küstenschutz.

St Rabijs führt weiter aus, die Landesregierung habe sich durch eine frühe Positionierung dieser Herausforderungen angenommen. Man habe die eigenen Argumente zur Diskussion gestellt und die eigene Position deutlich gemacht. Die Positionen Schleswig-Holsteins seien,

auf dem Bewährten aufzubauen und das Zwei-Säulen-Modell zu erhalten, möglichst viele Mittel nach Schleswig-Holstein zu holen und die erste Säule auf möglichst hohem Niveau zu halten. Zusätzlich sollten neue Begründungen dafür gefunden werden, warum das hohe Niveau in Schleswig-Holstein gehalten werden sollte, zum Beispiel die Verbindung mit nachprüfbaren Gemeinwohlleistungen. Man strebe zudem an, zusätzliche Prämien von der EU für natürliche Benachteiligungen bestimmter Gebiete einzufordern, zum Beispiel die Natura-2000-Gebiete und die Gebiete der Wasserrahmenrichtlinie. Hier sei die Landesregierung der Auffassung, dass der Nachteilsausgleich ohne Kofinanzierung stattfinden sollte, da die Beseitigung der Ursachen für die Nachteile im Interesse der EU liege. Im Vorfeld habe es zudem zahlreiche Diskussionen zwischen Wissenschaftlern, Beratern und Vertretern des Bauernverbandes gegeben, an der sich auch EU-Parlamentarier beteiligt hätten. Dies alles münde in die Beschlussfassung auf der Agrarministerkonferenz in Plön ein. Ziel dort sei, mit einer Stimme einen Beschluss zu fassen, der der Bundesministerin den Rücken für die schwierigen Verhandlungen auf der europäischen Ebene stärken sollte.

Der Vorsitzende betont, dass aus Sicht seiner Fraktion der vorliegende Antrag von CDU und FDP nach hinten gewandt sei und ganz entscheidende Fragen nicht beantworte, zum Beispiel die Frage, wie man Zahlungen der ersten Säule der Agrarfinanzierung besser qualifizieren und gesellschaftlich akzeptabler gestalten könne, und die Frage, wie viel Arbeit die Direktzahlungen bei den einzelnen Betrieben verursachten. Zudem mache der Antrag von CDU und FDP keine Aussage zur Marktpolitik, die auf europäischer Ebene eine entscheidende Rolle spiele.

Abg. Spoorendonk unterstützt die Aussage von Abg. Voss und betont, ihrer Ansicht nach habe sich die Umwelt- und Agrarministerin, Frau Rumpf, schon in einer Weise öffentlich geäußert, die dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entspreche. Sie sei überzeugt, dass es Änderungen in der Agrarpolitik der EU geben werde, und der Versuch, zu behalten, was es einmal gegeben habe, werde scheitern.

Abg. Jezewski betont, dass er sich nicht in der Lage sehe, mit den vorliegenden Informationen eine Entscheidung zu treffen. Er macht deutlich, dass eine Anhörung zu dem Thema begrüßt hätte.

Abg. Fischer spricht sich ebenfalls für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, da seiner Ansicht nach beim Antrag der Regierungsfractionen nicht erkennbar sei, wie die Agrarpolitik auch einen EU-Mehrwert haben könne.

Abg. Rickers betont, dass viele der genannten Punkte unter den ersten Spiegelstrich des Antrags der Regierungsfractionen gefasst werden könnten. Auch die CDU erwarte, dass die Ver-

teilungskämpfe stärker werden würden. Durch die Einbindung des Parlaments würden in Zukunft auch andere Mehrwertziele eine Rolle spielen, zum Beispiel Tierschutz, Umweltschutz und Arbeitsplätze. Mit dem im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorherrschenden Leitbild des ökologischen Landbaus könne die CDU deshalb nicht leben, weil der Wettbewerbsdruck dies für die Zukunft ungeeignet erscheinen lasse. Wichtig im Antrag der Fraktionen von CDU und FDP sei die Forderung, dass Nachteile, die der Landwirtschaft entstünden, durch nicht kofinanzierte Leistungen ausgeglichen werden müssten. So könne der Landeshaushalt entlastet werden. Schleswig-Holstein könne durch den Vorsitz in der Agrarministerkonferenz möglicherweise gewisse Ziele vorgeben, deshalb habe man sich entschlossen, den Antrag offener zu fassen, um sich keine Wege zu versperren.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reform der EU-Agrar- und Umweltpolitik 2013, Drucksache 17/276, zu empfehlen.

Des Weiteren empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der LINKEN, dem Landtag den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Drucksache 17/331, zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Unterstützung der Kulturhauptstadt Sønderborg

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 17/279

(überwiesen am 18. März 2010)

- Verfahrensfragen -

Abg. Spoorendonk schlägt vor, den Vorsitzenden des Kulturausschusses der Stadt Sønderborg, Herrn Stephan Kleinschmidt, im Ausschuss anzuhören. Sie regt an, dass Herr Kleinschmidt gegebenenfalls andere Experten zu diesem Thema mitbringen könne.

Abg. Andresen regt an, zusätzlich die Landesregierung dazu zu befragen, wie sie das Projekt unterstützen könne.

Abg. Spoorendonk unterstützt den Vorschlag, auch die Landesregierung zu diesem Thema zu hören, und regt an, sich bei dieser Gelegenheit auch über das grenzüberschreitende Projekt Zero, das auch kulturelle Aspekte enthalte, berichten zu lassen.

Abg. Herbst schlägt vor, zunächst Herrn Kleinschmidt in den Ausschuss einzuladen und eine Ausschussreise in die Grenzregion zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

Abg. Wengler empfiehlt, auch den Bildungsausschuss miteinzubeziehen, da es sich auch um ein kulturelles Thema handle.

Abg. Spoorendonk betont, dass das Projekt der Kulturhauptstadt Sønderborg entscheidend von dem Faktor der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abhängt.

Der Ausschuss beschließt, Herrn Kleinschmidt zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen und zu einem späteren Zeitpunkt eine Informationsreise ins Grenzgebiet durchzuführen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Terminplanung des Europaausschusses für das 2. Halbjahr 2010

hierzu: Umdruck 17/644

Der Ausschuss beschließt die Terminplanung für das zweite Halbjahr 2010, Umdruck 17/644 (neu).

Punkt 15 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes diskutiert der Ausschuss die Möglichkeit, bei sehr vielen anstehenden Tagesordnungspunkten gegebenenfalls eine Sondersitzung durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 13:00 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer



se2009.eu

Jan.lundin@foreign.ministry.se

Präsentation

der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft und EU

Ostseestrategieumsetzung

Europaausschuss, Kieler Landtag, 21. April 2010



se2009.eu

Glück

- **Kein Krieg**
- **Keine Finanzkrise**
- **Keine Gaskrise**
- **Die Iren haben Ja gesagt**



se2009.eu

Aktuelle institutionelle Themen

- **Lisboner Vertrag**
- **Europäisches Parlament**
- **Europäische Kommission**
- **ER-Vorsitzender**
- **HR für Aussenpolitik**



se2009.eu

Die beiden größten und wichtigsten Herausforderungen

- **Wirtschaft und Beschäftigung**
 - die EU soll gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgehen
- **Klimaschutz**
 - die EU soll auch weiterhin Verantwortung für den Klimaschutz tragen



se2009.eu

Weitere wichtige Herausforderungen

- **Stockholmer Programm**
 - Gewährleistung der Sicherheit und der Rechte des Individuums
- **Ostseestrategie**
 - sauberere Meeresumwelt und größere Wettbewerbsfähigkeit der Region
- **die EU, ihre Nachbarn und die Welt**
 - Stärkung der Rolle der EU als globaler Akteur
 - Fortsetzung des Erweiterungsprozesses



Wirtschaftskrise

- **verbesserte Kontrollmechanismen für die Finanzmärkte in Europa (Eigeinkapitalrichtlinien, Makro- und Mikrofinanzielle Aufsicht; ER Dezember)**
- **langfristige Herausforderungen; gezielte Strategie für langfristiges Wachstum und Beschäftigung (d.h. Nachfolge der Lissabon-Strategie)**



se2009.eu

Klimaschutz: KOM Mitteilung September 2009

- **Finanzbedarf 100 Milliarden Euro/Jahr 2020 für Reduktions- und Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern**
- **Gesamtumfang der erforderlichen internationalen Unterstützung 2020 zwischen 22 und 50 Milliarden jährlich**
- **2010-2012 "Schnellstart"-bedarf 5 bis 7 Milliarden Euro jährlich.**



se2009.eu

Klimaschutz: Umweltrat 21. Oktober

- **Langfristiges Ziel der EU 2050 – 80-90 % Treibhausgasreduktion im Vergleich zu 1990.**
- **Flug- und Seeverkehr 2020- 20 % im Vergleich zu 1990.**
- **EU erwartet, dass Industrieländer bis 2020 25 bis 40 % Reduktion erreichen, und Entwicklungsländer 15-30 % im Vergleich zum "Business as Usual".**
- **Klärung der Positionen der EU in bezug auf nachhaltige Waldbewirtschaftung.**
- **Ungenutzte zugewiesene Emissionsrechte im Rahmen des Kyoto-Protokolls (AAUs) dürfen nicht die Umweltwirksamkeit des COP 15-Abkommens beeinträchtigen.**



se2009.eu

Klimaabkommen – COP 15 7-18 Dezember/ ER 9-10 Dezember

- **”Take all necessary decisions to contribute to a successful outcome” of COP 15**
- **Wann -30%?**
- **Lastenverteilung – intern und extern?**



se2009.eu

Stockholmer Programm

- **Annahme eines neuen strategischen Arbeitsprogramms im Bereich Justiz und Inneres**
- **Gewährleistung der Rechte des Individuums**
- **E-Justice Portal**
- **Asyl- und Migrationspolitik**



se2009.eu

Die EU, ihre Nachbarn und die Welt

- **Bereitschaft zur Bewältigung unvorhersehbarer Ereignisse**
- **fortgesetzter Erweiterungsprozess**
- **Beziehungen zu den Nachbarstaaten**
- **vertiefte Zusammenarbeit und politische Rolle der EU in der Welt**
- **Entwicklungspolitik**
- **Handelspolitik**
- **Gipfeltreffen mit Drittstaaten**
- **Krisenmanagement-Fähigkeiten der EU**



se2009.eu

EU-Ostseestrategie

- **Entwicklung der makroregionalen Zusammenarbeit der EU durch Annahme einer Ostseestrategie**
- **Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Meeresumwelt, Verbesserung des Wachstumspotentials und gemeinsame Maßnahmen bei der Bekämpfung länderübergreifender Kriminalität**
- **Verknüpfung von EU-Initiativen, Politikinstrumenten und Ressourcen zum Nutzen für den Ostseeraum**



se2009.eu

Ziele der Ostseestrategie

- Die Ostsee ökologisch nachhaltig machen
- Die Ostsee wettbewerbsfähig machen
- Die Ostsee erreichbar machen
- Die Ostsee durch Risikoverhütung sicher machen





se2009.eu

Steuerung der Ostseestrategie

- High Level Working Group EU 27, Zweimal jährlich
- KOM DG REGIO Sekretariat
- 15 Prioritätsfelder mit Koordinatoren
- 80 Lichtturmprojekte
- Jährliches Forum





se2009.eu

Finansierung der Ostseestrategie

- **Die Ostsee ökologisch nachhaltig machen** € 9,8 Milliarden bereitgestellt, einschließlich € 3,1 Milliarden zur Abwasserbehandlung
- **Die Ostsee wettbewerbsfähig machen**
- Hierfür wurden insgesamt € 6,7 Milliarden bereitgestellt,
- einschließlich € 2,4 Milliarden für Innovation in KMU.
- **Die Ostsee erreichbar machen**
- insgesamt € 27,1 Milliarden bereitgestellt:
- Informationsgesellschaft, €1,4 Milliarden; Verkehr € 23,1 Milliarden; Energie € 2,6 Milliarden.
- **Die Ostsee durch Risikoverhütung sicher machen**
- € 697 Millionen bereitgestellt



se2009.eu

Steuerung der Ostseestrategie in Schweden

- **Europaminister Birgitta Ohlsson**
- **Sekretariat im Ministerpräsidialamt**
- **erik.kiesow@primeminister.ministry.se**
- **Interministerielle Arbeitsgruppe**
- **Quartalstreffen mit Vertretern der Regionen**
- **”Mainstreaming” durch Regierungsbeschlüsse**





se2009.eu

Vier "Schweden-koordinierte" von insgesamt 15 Prioritätsfeldern

3. Gefährliche Stoffe

7. Forschung/Innovation

9. Nachhaltige Fischerei

11. Transportverbindungen





se2009.eu

Schwedische Lichtturmprojekte

- **1.1. “Remove phosphates in detergents in countries where this is not yet the case**
- **1.2. “Cleaner waste water”**
- **1.4. “Putting best practices in agriculture into work”.**
- **1.6. “Cooperate with Russia and Belarus on a comprehensive regional pollution risk assessment”,**
- **2.2. “Restrict the introduction of new alien species by ships”**
- **4.2. “Promote measures to reduce emissions from ships and enhance the development for shore side electricity facilities**



se2009.eu

Schwedische Lichtturmprojekte – 2

- **4.5. “Improve the waste handling on board and in ports”**
- **5.1. “Anticipate regional and local impacts of climate change through research”.**
- **5.3. “Create a network of sustainable cities and villages”**
- **6.4. “Provide better information to citizens and business about the “Goods Package” and the Services Directive”.**
- **6.5. “Exchange of best practices on the practical functioning of Product Contact Points and of Points of Single Contact”**
- **6.6. “Encourage Sharing of competences between accreditation bodies”.**
- **7.1. “Develop a Baltic Sea Region Programme for Innovation, Clusters and SME-Networks”.**



se2009.eu

Schwedische Lichtturmprojekte – 3

- **7.5. “Setting up a Baltic Science Link”** (ESS (Lund), XFEL (Schleswig-Holstein), PETRA (Hamburg))
- **8.3. “Implement the project Sustainable Production through Innovation in Small and Medium sized Enterprises”.**
- **8.4. “Make the Baltic Sea an Eco-efficient region”**
- **9.1 “Develop and improve coordination and cooperation among Member States and stakeholders”** on fisheries management
- **9.3. “Sustainable rural development”**
- **9.4. “Ensure sustainable fishing”** by developing an ecosystem based approach to fisheries management.



se2009.eu

Informationsplattform der Ratspräsidentschaft

**Weitere Informationen zur schwedischen
EU-Ratspräsidentschaft finden Sie auf der
Homepage**

se2009.eu